

25. Neun aktuelle Herausforderungen an das Format Volkspartei

Wer vor diesen Hintergründen die Zukunft nicht nur spekulativ, sondern mit einem gewissen Realismus absehen will, ist gut beraten, es in Besinnung auf die Grundideen tun. Ein Basiskonsens in den großen Volksparteien war über Jahrzehnte: Volkspartei dünnnt die politischen Ränder aus und zieht die Wähler in den gemäßigten Dialog. Dies erfolgt gegen den Willen der „Radikalen“ auf allen Seiten, stets auch unvermeidlich im Inneren der Volksparteien selbst. Volkspartei muss einen gewissen demokratiepolitischen Anziehungswirbel erzeugen – einen historischen Prozeß, dem man sich, um in den öffentlichen Diskurs einer grundsätzlich konsens- und inklusionsorientierten Gesellschaft zu passen, nur schwer entziehen kann. Das funktionierte bis in die ersten 2010er Jahre hinein relativ gut, hatte aber stets Vor- und Nachteile. Neben den Vorteilen sind vor allem auch die Nachteile des Modells Volkspartei in den letzten Jahren verstärkt an die Oberfläche getreten – und stellen heute, wie gesehen, die großen Herausforderungen dar. Wir wollen sie hier noch einmal abschließend auflisten – in neun typologischen Punkten, um dann endgültig zu den Perspektiven weiterzugehen.

Erstens gilt für Volkspartei mit ihrem prinzipiell weiten Radius mehr als für andere Parteien: Kontextaufmerksamkeit ist – in jedem Augenblick – die Grundlage für alles. In den vergangenen Jahren hatte man aber oft das Gefühl, dass größere Umfeld- und Stimmungsveränderungen verschlafen wurden: bei Themen wie Ungleichheit, Migration, Renten- und Sparsicherheit, Umgang mit Gefährdern, Clan-Kriminalität, steigende Übergriffe im öffentlichen Raum²⁰⁹, Rechts- und Strafsicherheit, kulturelle Diversifizierung und religiöser Dialog. Wenn inzwischen von Deutschland als „Clan-Republik“²¹⁰ die Rede ist, in der das organisierte Verbrechen

209 Huber, Torsten und Mihai, Eva-Marie: Frau in Schwäbisch Gmünd mit giftiger Flüssigkeit attackiert. Gift-Alarm! War es eine Beziehungstat? Szenen wie im Thriller „Outbreak“. In: Bild Zeitung, 20.06.2022, <https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/gift-alarm-in-schwaebish-gmuend-eine-person-verletzt-und-eine-festnahme-80453014.bild.html>.

210 Boie, Johannes: Kommentar zu organisiertem Verbrechen: Clan-Republik Deutschland. In: Bild Zeitung, 16.06.2022, <https://www.bild.de/politik/kolu>

„machen kann, was es will“²¹¹; aber auch, wenn eine amtierende Kanzlerin – so wie Angela Merkel im Februar 2020 – öffentlich die Rückgängigmachung einer Landtagswahl wegen des „falschen“ Ergebnisses fordert, damit ihre Neutralitätspflicht verletzt und letztlich die institutionelle Ordnung in Frage stellt²¹², aber dafür erst ein halbes Jahr nach Amtsabschied lauwarm „verwarnt“ wird²¹³, versteht der Bürger nicht, inwieweit er sich auf die Prinzipien rechtsstaatlicher und institutioneller Ordnung verlassen kann.

Zweitens muss sich die integrative Grundidee von Volkspartei immer wieder aktiv in ihren öffentlichen Diskursen widerspiegeln, um sich zu behaupten. Die dazugehörige Rhetorik ist ihrer Natur nach jedoch repetitiv. Sie kann auf Dauer bieder oder langweilig wirken. Deshalb ist sie deutlich schwieriger zu bewerkstelligen als jene von Spezialisierungs- und Ideologieparteien oder Parteien am linken und rechten Rand. Die Sprechensart einer Volkspartei muss bis zu einem gewissen Grad „neutral“ sein, damit sie eine Grundlage für alle bildet. Sie darf dabei aber nicht in Inhaltsleere verfallen, weil sie damit Biss und Ausrichtung verliert und auf die Wähler Leere ausstrahlt. Darin liegt die ständige Herausforderung einer Quadratur des Kreises, die Volkspartei als Strukturmerkmal eigen ist. In ihr besteht der vielleicht schwierigste Spagat einer Volkspartei in Zeiten medialer Zuspitzung des öffentlichen Gesprächs zum Zweck von Einschaltquoten: in der Sprache allen zu dienen und doch Profil zu zeigen. Nicht erst der Bundestagswahlkampf 2021 hat die Schwierigkeiten dieses Unterfangens vor Augen geführt. Wenn Medienuntersuchungen von schwindenden Aufmerksamkeitsspannen berichten und das Internet den Bürger an das Verhalten gewöhnt, nach wenigen Sekunden über „ja“ oder „nein“ zu einem Inhalt zu entscheiden – wobei angesichts zahlloser Alternativen, die auf Knopfdruck verfügbar sind, meist das „nein“ gewinnt –, wird Sprache sich unweigerlich zuspitzen, um den Hörer bei der Stange zu halten. Volkspar-

mnen/kolumne/kommentar-organisierter-verbrechen-clan-republik-deutschland-80414188.bild.html.

211 Ebda.

212 Schuler, Ralf: Kommentar zur Gerichtsklatsche: Spätes Stoppschild für Merkel. In: Bild Zeitung, 15.06.2022, <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-spaetes-stoppschild-fuer-merkel-80408430.bild.html>.

213 Harbusch, Nikolaus, und Schuler, Ralf: Die Kanzlerin und ihre Richter: Viel zu gute Freunde. In: Bild Zeitung, 16.06.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/verfassungsgericht-bewahrten-richter-merkel-vor-frueherem-urteil-80414340.bild.html>.

teien müssen ihre Sprache, wenn sie sich den Populisten nicht angleichen wollen, für ihre Sache erst noch an diese neuen Umstände anpassen.

Gezeigt hat sich in jüngeren Wahlkämpfen *drittens*: Volkspartei kann wegen ihrer Verortung zwischen Gruppen nur glaubwürdig Profil zeigen, wenn sie sich besonders aktiv den schwierigsten Fragen der Zeit stellt – und auch eigenen Versäumnissen dabei: den Fehlern bei der Flutkatastrophe²¹⁴, dem Gefühl vieler Bürger, sich im eigenen Land nicht mehr zuhause zu fühlen²¹⁵, dem Kampf gegen den Islamismus²¹⁶ wie auch der unzureichenden Standortentwicklung bei Infrastruktur und Spitzentechnologien. Eine besondere Warnung sollte die Wahrnehmung einer Mehrheit der Deutschen sein, sie könnten ihre Meinung wegen des Drucks politischer Korrektheit nicht mehr offen äußern, wie es die oben erwähnte Allensbach-Umfrage zur Meinungsfreiheit vom Juni 2021 ergab – mit den schletesten Werten für Meinungsfreiheit seit dem zweiten Weltkrieg.²¹⁷ Das Ansprechen der schwierigsten, brennendsten Themen wurde in der Merkel-Ära eher vermieden – obwohl gerade es einer Mittepartei Profil hätte geben können. Es wurde ersetzt durch eine Beschwichtigungs rhetorik, die oft nichts sagte und – mehr oder weniger bewusst, um bei niemandem anzuecken – an den heikelsten Herausforderungen vorbeischlich. Das ist etwas, was die Wähler, die den direkten Druck dieser Themen erfahren, irgendwann nicht mehr gut finden. Sie nehmen das einer Volkspartei, die ohnehin im Dauerverdacht der „Neutralität“ steht, besonders übel.

Eine *vierte* Herausforderung an die Parteien des politischen Zentrums ist es, jene prinzipielle Liberalität nach allen Seiten, die allein Mitte garantieren kann, mit der klaren und kompromisslosen Durchsetzung von

214 Vgl. Wernicke, Christian: Nordrhein-Westfalen: Fehler in der Flut. In: Süddeutsche Zeitung, 23.08.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/nordrhein-westfalen-hochwasser-landesregierung-armin-laschet-flutkatastrophe-1.5390270>, abgerufen am: 21.02.2022.

215 Vgl. Thimm, Katja: Warum fühlen sich manche Menschen in Deutschland nicht mehr zu Hause? In: Der Spiegel, 15.04.2018, <https://www.spiegel.de/spiegel/1/deutschland-warum-fuehlen-sich-viele-menschen-nicht-mehr-zu-hause-a-1202880.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

216 Vgl. Deutscher Bundestag: Experten: Vorhandene Strukturen im Kampf gegen Islamismus stärken, 21.06.2021, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw25-pa-innen-islamismus-847766>, abgerufen am: 21.02.2022.

217 Vgl. Petersen, Thomas: Allensbach-Umfrage: Eine Mehrheit fühlt sich gegängelt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-viele-zweifeln-an-meinungsfreiheit-in-deutschland-17390954.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

Normen zu verbinden, so wie es der Rechtsstaat als Exekutiv- und Straf Sicherheit verlangt – wenn nötig auch mit „harter“ Hand. Die Durchsetzung des Rechtsstaats, die keine Zweifel an seiner Entschlossenheit zur Selbstbehauptung offenlässt, ist gerade in Zeiten „neuer Wandelbarkeit“ die Voraussetzung für eine ausreichend breite Wahrnehmung von Stabilität und Sicherheit. Die Geschichte der Nachkriegsdemokratien seit den 1970er Jahren hat gezeigt: „breitestmögliche“ Liberalität und „strenge“ Normentreue vertragen sich in der Praxis offener Gemeinwesen zuweilen nicht gut. Wer etwa die Normendurchsetzung in heiklen Fragen wie der Polygamie bei Flüchtlingen und Migranten²¹⁸, dem kulturellen Brauch von Schlüssen bei Hochzeiten²¹⁹, der Entsolidarisierung und Verfassungsfeindlichkeit einzelner Gruppen, der religiösen Intoleranz mit Besitznahme des öffentlichen Raums, der Hetze gegen Minderheiten, der bedrohten Redefreiheit an Universitäten wie zum Beispiel im sogenannten Kopftuchstreit an der Universität Frankfurt²²⁰, der Bildung von Parallel- und Gegengesellschaften und des deutlich ausufernden Rechts- und Linksaktivismus nicht Ernst genug nimmt, sondern mit Abwiegelung antwortet, verspielt das Vertrauen der Mitte-Wähler. Wer von Seiten der Politik Tendenzen von Vorzeige Universitäten wie der Humboldt-Universität Berlin zur drohenden Revision der Meinungsfreiheit nach Gesichtspunkten politischer Korrektheit²²¹ unter dem Druck kleiner aktivistischer Mobs²²² nicht entschieden entge-

-
- 218 Vgl. Anneser, Christine: Zwei Frauen, 13 Kinder: Mehrfach-Ehe darf fortgesetzt werden. In: Nordbayern Online, 20.03.2018, <https://www.nordbayern.de/region/zwei-frauen-13-kinder-mehrfach-ehe-darf-fortgesetzt-werden-1.7369834>, abgerufen am: 21.02.2022.
- 219 Vgl: Mühlbach, Robin / Prengel, Sebastian / Baumann, Sascha: Warum untersagt die Polizei nicht die Hochzeits-Ballerei? Mit verbotenen Schüssen in die Ehe. In: Bild Zeitung, 09.09.2019, <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/hochzeits-ballerei-mit-verbotenen-schuessen-in-die-ehe-64526498,view=conversionToLogin.bild.html>, abgerufen am: 21.02.2022.
- 220 Der Spiegel: Uni Frankfurt: Proteste gegen Kopftuchkonferenz, 26.04.2019, <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/universitaet-frankfurt-proteste-gegen-kopftuchkonferenz-a-1264595.html>. Vgl. auch noch neun Monate später: Frankfurter Rundschau: Protest und Ausschreitung bei Podiumsdiskussion über Kopftuchverbot, 27.02.202, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-polizeieinsatz-kopftuch-diskussion-goethe-universitaet-zr-13448525.html>.
- 221 Vgl. Both, Maximilian: Vortrag über biologisches Geschlecht abgesagt: So redet sich der Präsident der Humboldt-Uni raus. In: Bild Zeitung, 04.07.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/franz-josef-wagner/absage-von-vortrag-so-verteidigt-sich-der-praesident-der-humboldt-uni-80601690.bild.html>.
- 222 Böhm, Julius: Nach Absage von Geschlechter-Vortrag: Wissenschaftsministerin rügt Humboldt-Universität. In: Bild Zeitung, 03.07.2022, <https://www.bild.de/p>

genwirkt, sondern nur „Unverständnis äussert“ oder „protestiert“, verlässt die politische Verantwortung und wird zum passiven Mittäter am Niedergang der Demokratie. Wer aus falsch verstandener „Toleranz“ – andere sagen: aktiver Indifferenz – auf Kunstveranstaltungen wie der Documenta 2022 offenen Antisemitismus zulässt und dies mit der „Freiheit der Kunst“ rechtfertigt, verwirkt den moralischen Anspruch der vor- und nach-politischen Institutionen.²²³ Rücktritte allein können den Eindruck fehlender Balance nicht wettmachen. Das Selbstverständnis und die Praxis mancher Einstellungen muss reformiert werden.²²⁴ Wer demokratisch gewählte Politik und privaten Aktivismus im öffentlichen Raum nicht ausbalanciert, unterminiert das gesellschaftliche Vertrauen in das offene System.²²⁵ Der Eindruck vieler Deutscher, der Rechtsstaat zeige „keine Zähne“²²⁶, hat die Volksparteien in den vergangenen Jahren grundlegendes Kapital verspielen lassen.

olitik/2022/politik/nach-absage-von-geschlechter-vortrag-wissenschaftsministerin -ruegt-humboldt-uni-80586950.bild.html.

- 223 Siehe Documenta 15: <https://documenta-fifteen.de/>. Vgl. Marshall, Alex: Head of Documenta Resigns Amid Antisemitism Scandal. A crisis at one of the world's most important art events, in Germany, has deepened with the resignation of its director general. In: The New York Times, July 16, 2022, <https://www.nytimes.com/2022/07/16/arts/design/documenta-resignation.html>; sowie Berins, Lisa: documenta 15: Claudia Roth begrüßt Rücktritt von Sabine Schormann. In: Frankfurter Rundschau, 16.07.2022, <https://www.fr.de/kultur/kunst/documenta-antisemitismus-kassel-direktorin-ruecktritt-claudia-roth-news-91671309.html>.
- 224 Vgl. Austrian Press Agency (APA) via ORF Teletext: Documenta-Chefin zurückgetreten, 16.07.2022. Siehe dazu auch Ossowski, Maria: Kommentar: documenta-Chefin Sabine Schormann muss gehen. In: NDR Kultur, 21.06.2022, https://www.ndr.de/kultur/kunst/Kommentar-documenta-Chefin-Sabine-Schormann-muss-gehen_documenta210.html; sowie Trauner, Sandra: documenta-Chefin gibt Posten auf: Weltkunstschau vor Reform. In: Saarbrücker Zeitung, 17. Juli 2022, https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/kultur/documenta-chefin-gibt-posten-auf-weltkunstschau-vor-reform__aid-73018909.
- 225 Vehlewald, Hans-Hörg, Böhm, Julius, Harbusch, Nikolaus, Both, Maximilian, Hormess, Ismael und Bender, Oskar Luis: Bei Klima, Sprache, Essen Wissenschaft: So wollen uns Aktivisten umerziehen. In: Bild Zeitung, 04.07.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/abgesagter-geschlechter-vortrag-humboldt-uni-widerspricht-sich-selbst-80591080.bild.html>.
- 226 Böhm, Julius: Empörung über Terror in Hanau. Ex-Landrat spricht Klartext: Der Rechtsstaat zeigt keine Zähne. In: Bild Zeitung, 22.02.2020, <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/terror-anschlaghanau/terror-in-hanau-ex-landrat-pipa-der-rechtsstaat-zeigt-keine-zaehne-68957032,view=conversionToLogin.bild.html>, 21.02.2022.

In diesem Zusammenhang spielen *fünftens* auch die öffentlichen und privaten Medien eine wichtige Rolle. Sie haben in den vergangenen Jahren hinsichtlich aufwühlender, emotional aufgeladener Ereignisse im Grundton mehrheitlich „Mitte“ mit „Abwiegelung“ identifiziert. Sie haben sich stattdessen, willentlich oder unwillentlich, einer innenpolitischen Kultur der „Ich bin erschüttert“-Rhetorik angepasst. Zugleich stellten die Medien manchmal „Duldung“ über strikte Rechtsstaatlichkeit, ohne das so zu deklarieren – und nahmen dabei zuweilen Positionen ein, die hart an der Grenze zu ihrem eigenen Auftrag im institutionellen Gefüge standen.

Es ist längst Gegenstand von Studien²²⁷, dass die Mehrheit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland im allgemeinen eher einseitig progressiv orientiert operiert²²⁸ und dabei auch ein eher progressives Publikum bedient – zuletzt weniger die gesamte Gesellschaft. Das hat dazu geführt, dass sich Konservative vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk vernachlässigt fühlen. Die Folge war unter anderem eine Diskussion über das „Ende des Fernsehens“.²²⁹

Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, dass konstruktive Selbtkritik seit einiger Zeit institutionalisierter Gegenstand der öffentlich-rechtlichen Mediensphäre ist²³⁰, und dass es dieser damit Ernst ist. Doch wenn zum Beispiel Mitglieder des ZDF-Fernsehrats 2019 öffentlich kritisierten, eine bestimmte im Parlament vertretene Partei – und nur sie – werde „nicht hart genug angegangen“²³¹, während der Rat andere Parteien nicht erwähnte, geriet politische Ausgewogenheit an ihre Grenzen. Wenn der „Deutschlandfunk“ öffentlich kritisierte, dass die Vertreter einer bestimm-

227 Vgl. Hermann, Jonas: ARD und ZDF links der Mitte beliebter. In: Neue Zürcher Zeitung, 21.09.2019, <https://www.nzz.ch/amp/international/ard-und-zdf-haben-laut-studie-ein-linkes-publikum-ld.1508430>, abgerufen am: 21.02.2022.

228 Vgl. Meier, Christian: Wie die Öffentlich-Rechtlichen ihre eigene Relevanz riskieren. In: Die Welt, 10.09.2019, <https://www.welt.de/kultur/medien/plus200021362/ARD-und-ZDF-Wie-die-Oeffentlich-Rechtlichen-ihre-eigene-Relevanz-risieren.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

229 Benedikter, Roland: Abschied vom Fernsehen? Warum dieses Medium niemand mehr braucht (3 Teile). In: Telepolis, a.a.O.

230 Vgl. Hanfeld, Michael: WDR-Rundfunkrat rügt Talkshows. Populistisch und zugespitzt? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2017, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/wdr-rundfunkrat-kritisiert-maischberger-und-plasberg-15308511.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

231 Tagesspiegel: AfD in den Medien: Kritik im ZDF-Fernsehrat an Wahlberichterstattung, 14.09.2019, <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-in-den-medien-kritik-im-zdf-fernsehrat-an-wahlberichterstattung/25015568.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

ten Partei „ihre Agenda mehr oder weniger widerspruchslös verbreiten können“²³², dann ist die Frage, ob das denn nicht der Fall sein sollte, und ob Journalisten grundsätzlich die Aufgabe haben, von ihnen interviewten Politikern je nach Parteirichtung zu „widersprechen“. Zu den ambivalenten Medienthemen gehören auch Vorwahlberichterstattungen und Wahlumfragen. Auch dass im Zuge von „paradigmenorientierten Meinungsbildungsprozessen“ unliebsame Parteien am Rande des Parteienspektrums neuerdings faktisch mittels Verfahrensänderungen von demokratisch definierten Rundfunkräten ausgeschlossen werden²³³, ergibt Streitfälle, die sich an den Grenzen der Demokratie bewegen. Das sagt nichts über einzelne Parteien oder Ideologien aus, wohl aber über die politische Ausgewogenheit der Medienanstalten und ihrer Berichterstattung.

Ähnliches gilt, wenn Journalisten auf öffentlichen Rundfunkseiten wie dem NDR eine „klare Positionierung“²³⁴ in politischen Fragen fordern – und dafür auch noch Zuspruch erhalten. Hier wird übersehen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk allen Bürgern zu dienen hat, daher das gesamte Spektrum der Demokratie zu repräsentieren und also eben keine „klare Positionierung“ hinsichtlich politischer Verortungen aufweisen sollte. Die alte Frage: „Wem gehört der Rundfunk?“ verlangt verstärkt nach „gesellschaftlicher Teilhabe und Kontrolle“²³⁵, wie es die historische Kommission der ARD 2018 selbst hervorhob. Eine „Profilschärfung und eine Fokussierung auf den Grundversorgungsauftrag und die Kernkompetenzen“²³⁶ sind in der Tat für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den kommenden Jahren essentiell. Ansonsten verliert er bei weiteren Segmen-

232 Borgers, Michael: Wahlberichterstattung: Sachsen-Anhalt und die Lehren für Medien. In: Deutschlandfunk, 07.06.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/wahl-berichterstattung-sachsen-anhalt-und-die-lehren-fuer-100.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

233 Vgl. Moritz, Alexander: Medienpolitik-Debatte in Sachsen: AfD nicht mehr im MDR-Rundfunkrat. In: Deutschlandfunk, 22.11.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/gehoert-die-afd-in-den-mdr-rundfunkrat-100.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

234 Gümüsay, Kübra: Wir müssen uns empören – die AfD und der Islam. In: NDR, 22.04.2016, <https://www.ndr.de/kultur/sendungen/freitagsforum/Wir-muessen-uns-empoeren-Die-AfD-und-der-Islam,freitagsforum216.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

235 Glässgen, Heinz (Hrsg.): Wem gehört der Rundfunk? Gesellschaftliche Teilhabe und Kontrolle, Vistas Verlag, Leipzig 2018.

236 Wolter, Daphne: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Zukunft. In: The European, 17.09.2019, <https://www.theeuropean.de/daphne-wolter/legitimation-in-digitalen-zeiten/>, abgerufen am: 21.02.2022.

ten der Wählerschaft seine Glaubwürdigkeit – was im Gefolge zunehmenden „demokratiepolitischen Engagements“ der Berichterstattung bereits teilweise geschehen ist. Sogar die – selbst unübersehbar nach progressiv tendierende „Bundeszentrale für Politische Bildung“ (bpb) – sieht deshalb den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „in seiner womöglich größten Legitimationskrise“.²³⁷

Diese Krise ist nicht nur, aber vor allem selbstverschuldet. Die politische Inklination des öffentlichen Rundfunks hat den Nebeneffekt, mit „der Mitte“ von Information indirekt auch die politische Mitte zu verlassen. Deshalb muss die Objektivität und allgemeine politische Ausgewogenheit des öffentlichen Rundfunks eines der Hauptthemen der Volksparteien sein – schon aus Eigeninteresse.

Denn neben Skandalen und Korruptionsverdacht²³⁸ zeigt sich der latente Größenwahn der Öffentlich-Rechtlichen inzwischen auch an weiteren, meist weniger beachteten Symptomen – die sich häufen. So etwa, dass Politiker im Kontext von Wahlen geradezu zu den Sendern pilgern müssen, nicht umgekehrt. Die Sender benehmen sich wie großindustrielle Unternehmen, denen Politiker im öffentlichen Auftrag zu dienen haben. Zu Recht weigert sich die Politik immer öfters, diese implizite Hierarchie anzuerkennen.²³⁹ Es ist symptomatisch, dass immer mehr Politiker vor allem der Volksparteien „starke“ Reformen von den öffentlich rechtlichen Sender fordern – wie etwa im August 2022 CDU-Chef Friedrich Merz:

„Letzte Gelegenheit“. Merz zählt ARD und ZDF an. Der CDU-Chef fordert Reformen, ‚weniger politische Gesinnung‘ und ein Aus für die ‚Gendersprache‘ bei den Sendern. CDU-Chef Friedrich Merz mahnt dringend Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an – er könne

237 Karidi, Maria: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Schusslinie. Eine Differenzierung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 28.09.2018, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/276555/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-in-der-schusslinie/>, abgerufen am: 21.02.2022.

238 Vehlewald, Hans-Jörg, Harbusch, Nikolaus, Bassewitz, Michael, Weimer, Benedikt, Both, Maximilian, Wachs, Carl-Victor, Kain, Florian und Böhning, Sabine: Luxus-Intendantin, Geldverschwendungen, verdrehte Fakten: So kaputt sind die Öffentlich-Rechtlichen. 84 Prozent der Deutschen wollen Zwangsgebühr abschaffen. In: Bild Zeitung, 06.08.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/luxus-intendantin-geldverschwendungen-verdrehte-fakten-so-kaputt-sind-die-oeffentl-80921474.bild.html>.

239 Puskepeleitis, Daniel: Für die Niedersachsen-Wahl: NDR mietet Messegelände – für 9 Tage! Landtag angeblich zu klein. In: Bild Zeitung, 05.10.2022, <https://www.bild.de/regional/hannover/hannover-aktuell/fuer-die-landtagswahl-in-niedersachsen-ndr-mietet-messegelaende-fuer-9-tage-81513412.bild.html>.

sonst ‚endgültig‘ seine Legitimation verlieren. Der CDU-Chef erwartet jetzt Reformen von den öffentlich-rechtlichen Sendern. Merz warnte mit Blick auf die Affäre um die zurückgetretene RBB-Intendantin Patricia Schlesinger: ‚Die Schlesinger-Affäre hat das Potenzial, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland endgültig die Legitimationsgrundlage und öffentliche Akzeptanz zu entziehen.‘ [...] ARD und ZDF hätten jetzt eine der vielleicht letzten Gelegenheiten, zu zeigen, dass sie in der Lage seien, Fehler aus eigener Kraft zu korrigieren und Veränderungen auf den Weg zu bringen. Merz verlangte auch eine vollständige Aufklärung der Schlesinger-Affäre und eine Überprüfung der Kontrollinstanzen. Die Sender müssten Transparenz zeigen und die Gehälter der führenden Verantwortlichen sowie die Zahlungsströme an die zahlreichen Produktionsgesellschaften offenlegen. ‚Das gilt auch und besonders für die Moderatoren der bekannten Talkshows und Unterhaltungssendungen.‘ Auch mahnte der CDU-Chef Ausgewogenheit in der Berichterstattung an. Dazu gehöre eine klare Trennung zwischen Nachricht und Kommentar. Merz knallhart: ‚Hier bräuchte es mehr journalistische Verantwortung und weniger politische Gesinnung.‘²⁴⁰

Diese recht harte und unmissverständliche Kritik hatte ihre Ursachen. So hatten „namhafte Staatsrechtsprofessoren die zunehmende politische Unausgewogenheit der ARD kritisiert“²⁴¹ – und darauf hingewiesen, dass Sender Regierungslinien unkritisch übernehmen, zum Teil sogar noch eigenständig verstärken. Auch deshalb forderte Merz

„als Oppositionsführer im Bundestag die Anstalten dazu auf, sich wieder auf ihren Informationsauftrag zu konzentrieren. Die Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien Dokumentationen und Serien, die bei den Privaten nicht zu finden seien. ‚Dazu braucht es aber nicht zwei konkurrierende Fernsehanstalten, die bei allen Ereignissen zugleich vertreten sind. Die Gebührenzahler können zumindest eine engere Kooperation von ARD und ZDF verlangen, vor allem bei kost-

240 Geisler, Sebastian: „Letzte Gelegenheit“. Merz zählt ARD und ZDF an. In: Bild Zeitung, 13.08.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/letzte-gel-egenheit-merz-zaeht-ard-und-zdf-an-80995796.bild.html>.

241 Harbusch, Nikolaus: Top-Juristen kritisieren ARD: „Sender übernehmen Regierungslinien!“ In: Bild Zeitung, 08.08.022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik/ard-top-juristen-kritisieren-sender-uebernehmen-regierungslinien-80948272.bild.html>.

25. Neun aktuelle Herausforderungen an das Format Volkspartei

spieligen Sportevents.²⁴² Klartext: Merz stellte das Nebeneinander von ARD und ZDF infrage.²⁴³

Trotzdem sind „Bestrafungs“-Drohungen wie die von Merz mittel- bis langfristig weniger das geeignete Mittel, um die Öffentlich-Rechtlichen wieder in die Mitte zu rücken. Nötig ist vielmehr eine Erneuerung der politischen Medienkultur. Darunter muss auch eine kritische Hinterfragung der „Inszenierungsgesellschaft“²⁴³ sein.

Bei alledem ist jedoch abschwächend einzubeziehen, dass Medien in offenen Gesellschaften (im Unterschied zu Medien in geschlossenen, illiberalen und autoritären Gesellschaften) sich allgemeinen gesellschaftlichen Dynamiken nicht völlig entziehen können. Sie tragen stets die Doppelnatürlichkeit in sich, sowohl Spiegel wie Motor, sowohl Ausdruck wie Miterzeuger dieser Dynamiken zu sein. Über – in der Moderne unvermeidliche – hermeneutische Zirkelprozesse sind sie mittels ihrer Schilderung von Fakten stets auch (willentliche und unwillentliche) Miterzeuger politischer Einstellungen und Realitäten. Diese – letztlich schon wegen der Natur der Medien nicht völlig lösbare – Problematik entbindet jedoch nicht von ethischer Verantwortung für das Ganze.

Eine *sechste* Herausforderung an das Format Volkspartei ist, „adäquate Repräsentation des Volkswillens“ und „Populismus“ auseinanderzuhalten – und doch letzteren im Sinne angewandter Demokratie ständig mäßigend an ersteren zu binden. Dieser (von vielen zu Recht schwer für möglich gehaltene) Balanceakt setzt voraus, dass das Format Volkspartei beide: „guten“ und „schlechten“ „Populismus“ nicht einfach in einen Topf wirft, sondern sorgfältig voneinander unterscheidet – und zwar nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wogegen sie beim Irrtum, der meist in begrifflicher Vereinfachung liegt: Populismus und Volkswille seien in vielen Situationen „dasselbe“, das Kind mit dem Bade ausschüttet. Die Debatte über „produktiven“ versus „destruktiven“ Populismus zu intensivieren, ja ins Zentrum der Zukunftsdebatte zu rücken – das ist ein ebenso grundlegender wie heikler Überlebensaspekt des Formats Volkspartei. Nur vertiefte historisch-kritische Bildung zu den verschiedenen Facetten des Überschneidungsbereichs zwischen Populismus und Demokratie in Kombination mit gesundem Menschenverstand (*common sense*) können dabei

242 Geisler, Sebastian: „Letzte Gelegenheit“. Merz zählt ARD und ZDF an, a.a.O.

243 Meyer, Thomas: Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 53/29. Dezember 2003, S. 12–19, <https://www.bpb.de/system/files/pdf/L25M9Y.pdf>.

helfen. Sicher ist, dass das Ringen um einen „guten Populismus“ in der zeitgenössischen Demokratie-Debatte noch ganz am Anfang steht. Hier muss angewandte, politisch ausgewogene Sozialwissenschaft²⁴⁴ jetzt und in Zukunft mehr beitragen – und der Politik bei der Entwicklung eines genaueren Blicks helfen.

Siebtens erweckten Führungspersönlichkeiten von Volksparteien in den letzten Jahren öfters den Anschein, eine elitäre Sprache zu sprechen, die auf angebliche „Selbstverständlichkeiten“ verwies, mit der das Volk erzogen werden müsse. Zugleich schienen diese Persönlichkeiten aber stärker als vorhergehende Generationen auf ihre eigene Karriere zu schauen – und sich zum Beispiel ständig zu fragen: nützt es mir, diese Partei zu führen oder nicht? Das war ein abschreckendes Schauspiel für viele Mitte-Wähler. Es erzeugte, wie Politiker wie Sigmar Gabriel konstatierten, eine „Führungskrise“ aktueller Volksparteien.²⁴⁵ Der „Mangel an Selbstlosigkeit“ im Management des Formats Volkspartei ist inzwischen sprichwörtlich – und eine größere Herausforderung zur Veränderung interner Karriere-Mechanismen, als die Parteien es sich bislang eingestehen.

Achtens ist die ständige Signalisierung eigener Unsicherheit zu angeblichen „Transparenz zwecken“ in Kernfragen Gift für jede Volkspartei. Manche vermuten, „Transparenzen“ zu internen Meinungsverschiedenheiten seien in Wirklichkeit weniger Aufklärungsinteresse als vielmehr internen Machtkämpfen geschuldet. Ein Beispiel für „Transparenz“ als mitgeteilte Unentschlossenheit war zuletzt etwa der Umgang mit dem „Globalen Migrationspakt“ der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im Umfeld der Unterzeichnung durch Deutschland im Dezember 2018 in Marrakesch. Dort hatte die deutsche Bundeskanzlerin als einzige namhafte Staatsvertreterin einen Werbe-Alleingang durchgeführt, der vielen Konservativen in der eigenen Partei extravagant und manchen im Licht von Industrieinteressen erschien. Bereits vorher erfolgte jedoch die – maßgeblich von der Regierungskoalition ausgehende – Resolution des deutschen

244 Vgl. Benedikter, Roland: Die Zukunft der Sozialwissenschaft. Worauf der deutsche Sprachraum sich einstellen sollte, Nomos Verlag, Baden-Baden 2023, <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/die-zukunft-der-sozialwissenschaft-id-68677/>.

245 Süddeutsche Zeitung: Gabriel wirft SPD kollektives Führungsversagen vor, 02.03.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-gabriel-wirft-spd-kollektives-fuehrungsversagen-vor-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200302-99-148630>.

25. Neun aktuelle Herausforderungen an das Format Volkspartei

Bundestages bei der Annahme des Pakts²⁴⁶, wo in einer eigenen Erklärung gefordert wurde, dass durch den Pakt deutsches Recht und Souveränität in der Migrationsfrage nicht eingeschränkt werden dürfe. Dieses Vorgehen offenbarte die gemischten Gefühle auch innerhalb der Volksparteien, die den Pakt offiziell befürworteten. Kritiker sahen diese „Absicherungs“-Resolution mit Häme: warum europa- und weltweit für den Pakt werben, nur um gleichzeitig eine so große Sorge über ihn zu offenbaren, dass anscheinend zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen nötig waren? Viele Wähler sahen dies als fundamentale Unsicherheit in großen Zukunftsfragen, die sich nicht nur in diesem einen Fall manifestierte. Was bezogen auf Regierungsparteien normalerweise mittelfristig abgestraft wird.

Schließlich besteht *neuntens* das Grundsatzproblem der Verwandlung von Volksparteien von „Sesshaftigkeits“- oder politischen „Orts“-Parteien zu Bewegungsparteien. Volksparteien sind ihrem Mitte-Charakter nach sesshafte Parteien, die ihren zentralen Ort im Parteispektrum behaupten, nicht verschieben oder gar wechseln. Wer Volksparteien von ihrem angestammten Platz an einen anderen führt, wie zum Beispiel von der mitte-konservativen in eine stärker mitte-links-Richtung, wie das unter Kanzlerin Angela Merkel mit der CDU geschah, düntt die dort im Spektrum angesiedelte Volkspartei – die SPD – aus, treibt sie weiter nach links und öffnet gleichzeitig den eigenen Platz in der Mitte für Kräfte, die von den rechten Rändern nachrücken. Der Ortswechsel verändert zugleich auch die eigene Volkspartei. Das diesbezügliche Phänomen war in der Merkel-Ära, was Kritiker die „Sozialdemokratisierung der CDU“²⁴⁷ nannten. Das entfremdete viele Stammwähler – letztlich beider Volksparteien. Viele begannen, sich heimatlos zu fühlen. Sie begannen, sich als Dissidenten der eigenen Volkspartei zu begreifen. Nicht zufällig schrieben italienische Tagezeitungen nach der Bundestagswahl 2021, mit Angela Merkel verabschiede sich eine Politikerin von ihrer Partei, der sie nie wirklich angehört habe. Wer jedoch, wie Teile der SPD, als Reaktion auf das Phänomen der

246 Vgl. Deutscher Bundestag 2018: Koalitionsantrag zum Globalen Migrationspakt angenommen. In: Textarchiv Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-de-migrationspakt-580712>, abgerufen am: 21.02.2022.

247 Hellemann, Angelika: Die Sozialdemokratisierung der CDU. In: Bild Zeitung, 08.02.2020, <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-die-gefaehrliche-sozial-demokratisierung-der-cdu-68686556.bild.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

25. Neun aktuelle Herausforderungen an das Format Volkspartei

„Bewegungsparteien“ künftig allein definieren will, was „Mitte“ ist²⁴⁸, geht in eine gleichermaßen problematische Richtung.

248 Vgl. Schuler, Ralf: Die SPD hat nichts begriffen. In: Bild Zeitung, 24.02.2020, <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-die-spd-hat-nichts-begriffen-69016140.bild.html>, abgerufen am: 15.03.2022.